

Besprechungen

Amonn, Alfred: Nationalökonomie und Philosophie. (Erfahrung und Denken, Schriften zur Förderung der Beziehungen zwischen Philosophie und Einzelwissenschaften, Band 7.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 266 S.

Es ist ein dankenswertes Unternehmen, den mannigfachen geschichtlichen und methodisch-systematischen Beziehungen zwischen Nationalökonomie und Philosophie nachzugehen. Wird doch auf diese Weise dem Nationalökonom klar, wie sehr die wirtschaftswissenschaftlichen Erörterungen durch philosophische Ideen beeinflusst oder gar bestimmt worden sind. In einem ersten philosophiegeschichtlichen Rückblick von *Platon* bis *J. St. Mill* hebt der Verfasser die normativen Gesichtspunkte hervor, nach denen jeweils Wirtschaft und wirtschaftliche Tätigkeit beurteilt werden. Die ökonomischen Probleme als solche kommen erst verhältnismäßig spät ins Blickfeld einer empirisch-wissenschaftlichen Betrachtung. Der zweite und dritte Teil ist der Darstellung der Hauptprobleme der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, den Fragen der Wirtschaftsordnung, der „Sozialen Marktwirtschaft“, den Problemen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Arbeitsteilung, der Produktion und des Angebotes, der Preisbildung, der Einkommensverteilung, des wirtschaftlichen Kreislaufes und der Wirtschaftsentwicklung gewidmet. Der Verfasser hält diese fast 70 Seiten umfassende Erörterung der wirtschaftstheoretischen Fragen für notwendig, um dem nationalökonomisch nicht geschulten Leser eine gewisse allgemeine Kenntnis der nationalökonomischen Grundbegriffe und Probleme zu vermitteln. Im vierten Teil behandelt der Verfasser „grundsätzliche Fragen wirtschaftsphilosophischer Natur“, d. h. Probleme der Erkenntnistheorie, der Methodologie, vor allem aber der Wirtschaftsethik. Auch im letzten Teil, in welchem „wirtschaftspolitische Einzelprobleme in philosophisch-ethischer Sicht“ erörtert werden, wird der Idee der Gerechtigkeit, der „Tauschgerechtigkeit“, dem „gerechten Preis“, dem „gerechten Lohn“ und der „gerechten Verteilung“ das Hauptaugenmerk zuteil. Ein Anhang: „Das Problem des ‚gerechten‘ Preises in katholischer Sicht nach *v. Nell-Breuning*“ beschließt das interessante und anregend geschriebene Buch.

Der Rezensent vermißt in den einschlägigen philosophiegeschichtlichen und wirtschaftsphilosophischen Kapiteln Hinweise auf phänomenologische, morphologische und ontologische Probleme. Nicht mit einem Wort wird der „dialektische und historische Materialismus“,

der historisch-ökonomische Determinismus bzw. der Marxismus-Leninismus erwähnt. Dies ist ein großer Mangel eines Buches, das den Leser mit philosophischen Problemen der Nationalökonomie bekanntmachen will. Ein Mangel ist auch die Vernachlässigung wesentlicher methodologischer und erkenntniskritischer Probleme, wie z. B. der Werturteilsfrage. Wenn der Verfasser den wirtschaftsethischen Problemen solches Gewicht gibt, warum dann nur der Gerechtigkeitsidee und nicht auch der Idee der Freiheit? Es genügt auch nicht, auf die wirtschaftspolitische Bedeutung der Gerechtigkeitsidee allgemein und grundsätzlich hinzuweisen. Den Wirtschaftler interessiert vor allem die Frage der Realisierung, der Verwirklichung der Gerechtigkeitsvorstellungen. Der Rezensent meint, daß die Idee der Gerechtigkeit (*iustitia distributiva*) nur auf dem Wege über Ordnungen und somit über ordnungsgemäße, d. h. objektiv richtige Handlungen und Einrichtungen verwirklicht werden kann. Der „gerechte Lohn“ ist, wie der Rezensent gezeigt zu haben glaubt, nur über richtige Löhne realisierbar. (Vgl. „Der richtige und gerechte Lohn“, *Schmolers Jb.* 1953.)
Herbert Schack-Berlin

Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt. (Universitätstage 1961. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin.) Berlin 1961. Verlag von Walter de Gruyter & Co. 232 S.

Die Berliner Freie Universität liegt an der Grenzscheide zwischen der freien und der kommunistischen Welt, und deshalb ist es verdienstlich, wenn sie ihre Kenntnisse des Kommunismus auch weiteren Kreisen zugänglich macht. Das ist in diesen Veröffentlichungen geschehen, in denen bewährte Kenner und Forscher des Marxismus-Leninismus zu Worte kommen. Das Kennzeichnende der Vorträge ist ihre Kürze, verbunden mit Gründlichkeit und Tiefe, aus der heraus eine immanente Kritik des Kommunismus, seiner Grundlagen und seines Wirkens entwickelt wird. Damit stellen diese Vorträge wohl die zur Zeit beste Einführung in das Gedankengebäude des Marxismus-Leninismus dar.
W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Grabowsky, Adolf: Raum, Staat und Geschichte. Grundlegung der Geopolitik. Köln-Berlin 1960. Carl Heymanns Verlag KG, 263 S.

Wenn einer der Begründer der deutschen politischen Forschung, wie *Adolf Grabowsky*, sich zu den Grundproblemen unserer Zeit äußert, dann besitzt er das Ohr der Öffentlichkeit, nicht nur der Wissenschaft. Überflüssig zu betonen, daß auch das jüngste Werk in der langen Reihe seiner Arbeiten, das den „bewegten Raum“ in seiner Beziehung zu den menschlichen Regungen zum Gegenstand hat, reich an Erkenntnissen und Anregungen ist, besonders in bezug auf die heute entscheidenden Fragen der Außenpolitik und der Weltpolitik.

Der Rezensent darf jedoch gewisse Bedenken nicht unterdrücken, wenn sie der Förderung der Wahrheit dienlich sind. In diesem Sinne sei zunächst auf einige Unstimmigkeiten hingewiesen. Da ist bei-

spielsweise des Verfassers „Lehre von den zwei Freiheiten“ (S. 53 f. und 93 f.), von der persönlichen *Freiheit*, die heute im Westen noch immer besser aufgehoben sei, wie er sagt, und der „kollektiven oder sozialen Freiheit“, die er als Freiheit *in* der Geschichte (im Gegensatz zur Freiheit *von* der Geschichte) bezeichnet, eine Aufgabe der Menschheit, die er vom Kommunismus verwirklicht sieht. Abgesehen davon, daß es in dieser Hinsicht, und besonders in dem speziellen Falle, richtiger ist, von staatlichem Unabhängigkeits- und Autarkiestreben zu sprechen, muß man doch fragen: Wozu dient dem Kommunismus diese unzeitgemäße „Freiheit“? Die Antwort kann nur lauten: Um jene persönliche Freiheit in praxi, auf die Theorie kommt es hier wenig an, allgemein abzuschaffen. Das ist die „innerste Dialektik der Geschichte“, wie sie der Totalitarismus versteht. Daß der Verf. sie mißversteht, liegt an anderen anfechtbaren Thesen. Besonders daran, daß er zwischen Rußland und der Sowjetunion politisch unterscheiden zu können glaubt. Tatsächlich ist jedoch sie allein, sind nicht „die Russen“, wie man selbst in diplomatischen Akten irrtümlicherweise lesen kann, der Widerpart der freien Welt. Hätten wir es mit jenen, mit den russischen Völkern, die wir in jahrelanger gemeinsamer Arbeit kennengelernt haben, als Vertragspartner zu tun, dann wäre gewiß in allen Lebensfragen längst Einigkeit erzielt. Denn von ihnen trennt uns nichts, aber alles trennt uns — und sie — von dem System des Kommunismus.

In dieser zentralen Frage des heutigen *Imperialismus* sind die Ansichten des Verf. vielleicht am wenigsten verständlich. Es ist ohne Zweifel eine Fehleinschätzung der Tatsachen — wegen der grundsätzlichen und begrifflichen Seite des Problems darf ich auf mein Buch „Auf dem Wege in die Zukunft“ verweisen —, wenn er (S. 97) die demokratischen Wohlfahrtsstaaten als die westliche Form und die kommunistischen Diktaturstaaten in einem Atemzuge als die östliche Form des „Sozialimperialismus“ bezeichnet. Diese Gleichschaltung auf einen alten Nenner schlägt dadurch zugunsten des Kommunismus aus, daß er u. a. das nordatlantische Verteidigungsbündnis als Tendenz zur Schaffung einer neuen amerikanischen Interessenssphäre wertet (S. 127), mit der Ausrichtung auf die unterentwickelten Länder, die aspirierten „neuen Exploitationsgebiete“, denen über das „imperialistische Gremium“ der Vereinten Nationen (S. 128) — in denen die antikolonialen jungen Nationen die Mehrheit haben — nach alter Manier größtmögliche Profite entzogen werden sollen (S. 114). Anders beim Kommunismus, der wegen seiner antikapitalistischen Struktur dem marxistischen „Gesetz der fallenden Profitrate“ entzogen, eigentlich nicht der imperialistischen Epoche zugehöre, der sich aber dennoch, nach Meinung des Verf. (S. 133), dem Kreise imperialistischer Mächte in ihrem Wettlauf untereinander „bei Strafe des Unterganges“ nicht entziehen könne. So erscheint ausgerechnet der Kommunismus, auf diese Weise moralisch und politisch entlastet, lediglich als „sekundärer Imperialismus“, während er primär und

faktisch nach Auflösung der überseeischen Kolonialreiche die einzig noch existierende imperialistische Macht ist. Wenn seine Methoden heute manchem zivilisierter vorkommen, dann gewiß nicht wegen der Ratio, wie der Verf. (S. 206) behauptet, sondern allein wegen der alles zerstörenden Gefahr eines modernen (Atom-) Krieges. Sie verweist ihn auf den geopolitischen Weg der modernisierten „Pénétration pacifique“, deren unverändertes Ziel die Weltherrschaft ist. Da der Verf. diese kommunistische Endlösung nicht wahrhaben will, obwohl sie amtlich und theoretisch immer wieder verkündet wird, er vielmehr nur mit einer „Anteilherrschaft“ rechnet (S. 128 ff.), gelangt er schließlich zur Annahme des fragwürdigen kommunistischen Begriffs der „Koexistenz“ (vgl. „Schmollers Jahrbuch“, 81. Jg., H. 5). Sie soll zum Weltfrieden führen, und zwar dadurch, daß die Vereinigten Staaten über eine Politik des Appeasement (Preisgabe Nationalchinas u. a.) „Volkschina“ wirtschaftlich aufrichten, um so eine „Brücke“ zur Sowjetunion zu bauen, in der sich für ihn die „Synthese“ zwischen Ost und West verkörpert (S. 207).

Diese Ergebnisse der „Geopolitik“ zeugen nicht für ihre Richtigkeit, auch nicht als Methode. Der Grund liegt in einer offenbaren Überschätzung des geschichtlichen Faktors „Raum“. „Den einheimischen Raum exakt zu studieren und auszunutzen“ — das ist die Grundthese des Verf. (S. 26) — bedeutet fast das Gegenteil dessen, was der Zug der Zeit, die *übernationale Integration* erfordert. Nämlich: erst Zusammenschluß und dann Prüfung der Frage, welche Teile des nationalen Bodens und des Kapitals unausgenutzt bleiben müssen, um bei Wahrung des übernationalen Sicherheitsprinzips eine höhere volkswirtschaftliche Produktivität und allgemeine Wohlstandssteigerung zu erzielen. Die Entstehung der „Geopolitik“ fiel sicher nicht zufällig in die Zeit des Hochimperialismus, als es um einen staatlichen und volklichen „Platz an der Sonne“ ging. Ihr voraussichtlich endgültiger Niedergang während des Spätimperialismus ist gleichermaßen schicksalhaft und zwangsläufig (wobei hauptsächlich die politische Geographie berufen ist, den Nachlaß zu sichten und als Liquidator zu fungieren).

Julius Gumpert-Berlin

Ramm, Thilo: Die Freiheit der Willensbildung. Zur Lehre von der Drittwirkung der Grundrechte und der Rechtsstruktur der Vereinigung. (Arbeits- und sozialrechtliche Studien, herausgegeben von Th. Ramm, Heft 1.) Stuttgart 1960. Gustav Fischer Verlag. XI, 120 S.

Ridder, Helmut: Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Rechtsgutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 31. Oktober 1958. (Arbeits- und sozialrechtliche Studien, herausgegeben von Th. Ramm, Heft 2.) Stuttgart 1960. Gustav Fischer Verlag. 48 S.

Beiden Schriften ist unbeschadet ihrer Eigenheit gemeinsam, daß sie auf Veranlassung der IG Metall ausgearbeitet wurden und daß sie in ihrem Ergebnis ein und dieselbe Entscheidung des BAG als unvereinbar mit dem GG ablehnen. An sich wäre zwar eine solch kongruente Kritik, zumal Ansatz- und Schwerpunkt der Ausdeutungen des Urteils im wesentlichen differieren, wohl Ursache genug, nach den attackierten Schlüssen in der letztinstanzlichen Begründung unter Umständen ebenso die einschlägigen Lehrsätze der herrschenden Theorie auf deren Stichhaltigkeit zu sichten; da indessen bei der praktischen Anwendung arbeitsrechtlicher Vorschriften meistens sowohl juristische als auch soziale Erwägungen miteinander konkurrieren — vom Wettstreit politischer Rücksichten ganz zu schweigen — und folglich sich schon psychologisch die Interpretation nicht ausnahmslos dem Zwiespalt zu entziehen vermag, den zwangsläufig mehr oder minder ausgeprägt das Faktum bewirkt, welchem der Sozialpartner man zugehört bzw. innerlich nahesteht, ohne daß darum freilich immer von vorgefaßter Meinung gesprochen werden könnte, skeptisch muß es demnach auf alle Fälle stimmen, wenn obendrein auch der persönliche Standort der Autoren offensichtlich auf gleicher Ebene liegt.

Dem Untertitel der Schrift entsprechend opponiert *Ramm* primär teilweise ziemlich scharf gegen die vom BAG im Nachspiel zum Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein aufgeworfene Rechtsproblematik, indem er sich im Anschluß an ein gedrängtes Resümee von Sachverhalt und Entscheidungsgründen 1. über Freiheit und Schutz der Willensbildung vornehmlich von Koalitionen verbreitet, 2. ausgehend von der nach wie vor umstrittenen Drittwirkung der Grundrechte über Vertragsfreiheit sowie Auslegung der Schlichtungsvereinbarungen und 3. über „Publizität und zwingenden Charakter der Willensbildung“. Gewiß treten die Gewerkschaften „als Repräsentant aller Arbeitnehmer“ auf, obwohl, wie nicht einfach ignoriert werden kann, Ende 1960 lediglich 30,2 vH sämtlicher Beschäftigten Mitglieder der im DGB vereinigten Gewerkschaften waren — bei der IG Metall allein betrug der Anteil immerhin 37,5 vH —, und dieser nicht gerade imposante, bei einigermaßen fortbestehendem Mangel an Arbeitskräften überdies schwerlich verbesserbare Organisationsgrad hat ja auch neben den gewöhnlich bloß für Mitglieder gestellten Lohnforderungen, ohne allerdings hierdurch ein allseitiges Nachziehen der Effektivlöhne verhindern zu können, Pläne gezeitigt, die, wie Vorteilsausgleichsbetrag der Nichtmitglieder, Sonderbelohnung der Organisierten mit Hilfe der Arbeitgeber oder gewerkschaftliches Operieren in Betriebsnähe, unzweideutig nichts anderes am Ende eben besagen, als daß die der „Repräsentationsaufgabe“ wegen für „unantastbar“ erklärte und für „vertragliche Verpflichtungen“ nicht in Betracht kommende Willensbildung der Gewerkschaften trotz allem zuerst ausschließlich die Belange der Mitglieder zu wahren sucht und so zugleich aus Selbsterhaltungstrieb die Gewinnung von Außenseitern erstrebt.

Ferner erscheint in dem Zusammenhang, nachdem vorher der „absolute Schutz“ des „innersten Bereiches“ der Individuen ausdrücklich verbürgt wurde, die Tatsache der Registrierung bedürftig, wonach bei Streiks heute noch zuweilen arbeitswillige Nichtorganisierte behelligt werden und notgedrungen ihren individuellen Willen ohne jede Aussicht auf Unterstützungsgeld gewerkschaftlichen Parolen, auch wenn diese von einer Minderheit stammen, unterwerfen müssen. Nicht das BAG verkennt die „Rechtswirklichkeit“, vielmehr ist seiner Unterstellung, eine ernsthaft vertretene Streikempfehlung erziele „regelmäßig die erforderliche Mehrheit“, vollinhaltlich beizupflichten. Selbst die Einrede, der zwischen IG Metall und Arbeitgeberverbänden ausgehandelte „Vermittlungsvorschlag“ sei von den Gewerkschaftsmitgliedern mehrheitlich verworfen worden, kann nicht durchschlagen. Denn die negative Abstimmung widerlegt als Einzelercheinung keineswegs die im Urteil angerufene „Empirie“, bekräftigt statt dessen aber die uralte Erkenntnis, daß man die aufgeputschte Massenseele nicht alsbald wieder los wird.

Ridder beginnt seine in der Hauptsache die „Verfassungsmäßigkeit“ des höchstrichterlichen Spruches sondierende Begutachtung mit einer begrifflichen Bestimmung der „Sozialstaatsklausel“, wobei er jedoch den Fragenkomplex einzig auf den rein rechtlichen Gehalt abwägt. So sehr auch das durchaus instruktive Erläutern der „Sozialpflichtigkeit des Staates“ — ob man nun die dargelegte Bedeutung vorbehaltlos akzeptiert oder nicht — schon in Anbetracht der den Nagel auf den Kopf treffenden Bemerkung über die mit der Zahl der Auslegungsversuche eher fortgeschrittene „Verdunkelung“ des Art. 20 Abs. 1 GG interessieren dürfte, so sehr ist andererseits wiederum zu bedauern, daß sich der Gutachter mit der „Primärerklärung“ des Begriffes „sozial“ im „Großen Herder“ begnügt und das infolge seines bunten Schillerns noch immer einer allgemeingültigen Definition harrende Adjektiv nicht näher präzisiert oder zum mindesten, um jeglicher Maßlosigkeit zu steuern, dessen Grenzen zweifelsfrei abzustecken unternimmt, etwa im Sinne der Warnung von G. Müller vor dem „totalen Sozialstaat“ oder der von W. Geiger vor dem „Wohlfahrts- oder Versorgungsstaat“. Eine den Hader allmählich beendende Umgrenzung scheint nicht zuletzt deshalb dringender denn je geboten zu sein, weil die IG Metall an führender Position unentwegt auf Überleitung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum pocht und, um die sozialen Vorstellungen weiter zu realisieren, u. a. Expansion der betrieblichen Mitbestimmung auf andere Industrien verlangt. Außerdem verdeutlicht bereits dieses Beispiel klipp und klar, daß das Sozialprinzip jeweils im Verein mit seiner ökonomischen Tragweite erforscht werden muß. Die Außerachtlassung des Erfordernisses tritt auch beim Werten der gewerkschaftlichen Tarifpolitik dort kraß hervor, wo es heißt, die Gewerkschaften seien „in aller Regel“ auf Verbesserung „des vorhandenen Normenbestandes“ aus, während sich die Arbeitgeber A. Nikisch zufolge „bisher kaum jemals um eine Herab-

setzung der Löhne“ usw. bemüht hätten. Tatsächlich ist das nur für Nachkriegskonjunktur richtig, doch unrichtig, sobald man sich die Lohngestaltung in der Krise ab 1930 vergegenwärtigt oder aus der Jetztzeit die durch 14 Arbeitgeberverbände in Abwehr höherer Löhne, d. h. konkret aus Motiven der Wettbewerbsfähigkeit auf Ende 1961 erfolgte Kündigung der Lohntarife in der Metallindustrie. Daß eine „druckfreie Ruhelage“ im Verhältnis der Tarifparteien weder eine „Illusion“ noch ein „Wunschbild“ zu sein braucht und „die kontinuierliche Auseinandersetzung“ zwischen den Vertragskontrahenten nicht um jeden Preis „Arbeitskampf“, exemplifiziert in idealer Symbolhaftigkeit seit 1937 das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie der Schweiz (vgl. Das „Friedensabkommen“ als sozialpolitische Pioniertat, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 210 vom 2. 8. 1961). Wäre hingegen das Kriterium der beiderseitigen Relation wahrhaft im ständigen Kampf zu erblicken, so hätte danach also der Klassenkampfgedanke entgegen über zehnjähriger Beobachtung allenthalben unter der Arbeitnehmerschaft überhaupt nie an Erschlaffungsnöten gekränkt. Allerdings gibt die klassenkämpferische Ideologie bis heute noch in der Dialektik speziell der Funktionäre von IG Metall den Ton an, wie die Anfang 1962 von der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall inszenierten Flugblattaktionen, Protestversammlungen und Warnstreiks belegen. Und die Mentalität hat mit zunehmender Hebung des Lebensstandards dem gewerkschaftlichen Organisationsgefüge mehr geschadet als genützt.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Somary, Felix: Erinnerungen aus meinem Leben, 2. Aufl. Zürich 1959. Manesse Verlag. 415 S.

Der 1956 verstorbene Verfasser dieser geistreich und spritzig geschriebenen Lebenserinnerungen nimmt in der Nationalökonomie eine Sonderstellung ein; denn auf der einen Seite stand er zeitlebens mitten im politischen und gesellschaftlichen Leben verschiedener Nationen und auf der anderen Seite blieb er bis zuletzt auf den Gebieten der Nationalökonomie, Soziologie und Geschichte lebhaft interessiert. Krieg und Krisen bildeten sein Spezialgebiet (auf Grund seiner Erfahrungen in zwei Kaiserreichen und zwei Demokratien, oft an führender Stelle wirkend, aber immer wieder die Position wechselnd). „Innere Neigung und das Lebensgeschick haben mich zum politischen Meteorologen bestimmt.“ Seine Liebe galt jenseits der Nationalstaaten der Idee Europa. 1915 hat er seine „Bankpolitik“ veröffentlicht und ist damit der Begründer einer Wissenschaft und praktisch fundierten Disziplin auf diesem bislang vernachlässigten Gebiet geworden. Seine mit schlagenden Argumenten und kühnen Konstruktionen erfüllten Schriften wie Aufsätze wirken oft sensationell und manchmal in ihren Argumentationen zum Widerspruch herausfordernd, immer aber hart an die Analyse konkreter politischer Situationen herangerückt und nach den Ursachen der Komplikationen forschend. *Friedrich Bülow-Berlin*

Mager, Friedrich: Der Wald in Altpreußen als Wirtschaftsraum. Zwei Bände. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. vom Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, Bd. 7/I u. II.) I. Bd.: XIV, 391 Seiten mit 22 Karten. II. Bd.: IV, 328 Seiten mit 2 Karten. Köln-Graz 1960. Böhlau Verlag.

In diesem umfangreichen Werk stecken ausgedehnte Forschungen, mit denen der Verf. dereinst (1931) in Königsberg beginnen und die er nun erst nach seiner Emeritierung abschließen konnte. Es gibt wohl kein anderes Waldgebiet, das mit der gleichen Ausführlichkeit und Gründlichkeit erforscht worden ist. Eine Fülle von archivalischen und sonstigen Quellen ist herangezogen worden, um das geschichtliche Bild dieser großen Waldgebiete zu zeichnen.

Die Forschung erstreckt sich zunächst auf die durch Siedlung und Wiederbewaldung ständig wechselnde Ausdehnung des Waldgebietes, das Ende des 13. Jhs. noch rund 80 % der Gesamtfläche im Osten und rund 60 % der Gesamtfläche im Westen einnahm, um dann durch die systematischen Rodungen in der Zeit der Ordensherrschaft wesentlich eingeschränkt zu werden, jedoch als Folge der mehrfachen Wüstungsvorgänge wieder stark anzuwachsen, bis dann die Rodungen der Hohenzollern im 18. Jh. erneut den Wald zurückdrängten, so daß er schließlich nur noch rund 17 % der Gesamtfläche einnahm, um erst nach Wiederaufforstungen im 19. Jh. auf 19 % anzusteigen. Allein diese Untersuchungen sind verdienstvoll. Aber der Verf. versucht auch die Wandlungen in dem Waldbestand zu erfassen. Es zeigt sich dabei das ja so häufig anzutreffende Bild, daß der zunächst vorherrschende Laubwald unter forstwirtschaftlichem Aspekt durch den Nadelwald zurückgedrängt wird. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit der Forstverwaltung und dem Forstbetrieb. Das landesherrliche Eingreifen steht dabei im Vordergrund, da der Landesherr nicht nur das Eigentum, zumindest Obereigentum am Wald als sein Regal betrachtete, sondern auch das gesamte „Waldwerk“, d. h. also nicht nur die Verwertungen im besonderen der für den Schiffsbau so wichtigen Eichen, sondern auch die Mastnutzung, die Wildbienenutzung, ja auch die Glas- und Eisengewinnung.

Das wirtschaftsgeschichtlich wichtigste Ergebnis dieser Arbeit ist wohl darin zu erblicken, daß eine genaue, immer wieder quellenmäßig belegte Vorstellung von der wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes nicht nur für die Land-, sondern auch für die Stadtbevölkerung vermittelt wird. Bis in das 18. Jh. hinein wird das alte System beibehalten, das darin besteht, den kleinen Gewerbetreibenden gegen geringe Zinsen die Nutzung des Waldes im Walde selbst zuzugestehen; und zwar nicht nur Köhlern, Aschenbrennern usw., sondern einem großen Teil des Holzverarbeitenden Gewerbes. Wir erfahren zugleich Näheres über Löhne, Preise, Handels- und Transportbedingungen usw. Alles in allem handelt es sich um ein Werk, das volle Anerkennung verdient und das hoffentlich für gleichlaufende Untersuchungen Anregungen geben wird.

Friedrich Lütge-München

Unold, Peter: Die Begründung des Protektionismus im 20. Jahrhundert. (Heft 112 der „Mitteilungen aus dem Handelwissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich“, begründet von Prof. Dr. G. Bachmann, herausgegeben von Prof. Dr. R. Büchner und Prof. Dr. K. Käfer.) Zürich 1961. XVI, 95 S.

Da nach Ansicht des Verfassers für die protektionistischen Doktrinen im Gegensatz zur Freihandelslehre keine zusammenfassenden Arbeiten, sondern nur einige Monographien und Zeitschriftenartikel vorhanden sind, will er mit seiner in Zürich angefertigten Dissertation die hier bestehende Lücke schließen.

In der Einleitung geht *U.* kurz auf einige protektionistische Doktrinen des 18. und 19. Jahrhunderts ein, und zwar auf diejenigen, die für seine nachfolgenden Ausführungen „von gewisser Bedeutung“ (S. V) sind. Bei der Behandlung der Doktrinen des 20. Jahrhunderts berücksichtigt er neben den von überzeugten Protektionisten stammenden auch die von prinzipiellen Freihändlern aufgestellten Doktrinen. Im I. Teil „Die Entwicklung der protektionistischen Doktrinen im 20. Jahrhundert“ behandelt *U.* in 6 Kapiteln die Erziehungsschutz-, Erhaltungsschutz-, Autarkie-, sozialpolitischen, konjunkturpolitischen Argumente sowie das Terms of Trade-Argument. Die Doktrinen werden also ihrem Inhalt entsprechend systematisch geordnet. Dieses Vorgehen ist richtig, denn hätte *U.* die in Frage kommenden Autoren in zeitlicher Reihenfolge behandelt, wären langatmige Wiederholungen der Argumente unvermeidlich gewesen, und die Darstellung wäre sehr unübersichtlich geworden.

Nach *U.* ist der Erziehungsschutzgedanke Kennzeichen des Industrieprotektionismus, der Erhaltungsschutzgedanke Kennzeichen des Agrarprotektionismus; jedoch kommt das Erhaltungsmotiv auch bei der Industrie vor. Ist aber die Behauptung auf S. 34 haltbar, daß das Erziehungsmotiv nie in Zusammenhang mit der Landwirtschaft vorkomme, „da man diese ja nicht zu erziehen braucht, wohl aber vor gewissen Bedrohungen schützen muß“? Die Tatsache, daß die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion um die Agrarschutzfrage erst um die Jahrhundertwende in stärkerem Maße einsetzte (S. 37), ist doch nicht verwunderlich, denn in diesen Jahren begann der Kampf um den Bülow-Tarif. Die Argumente, die für einen überwiegenden Agrar- oder einen überwiegenden Industriestaat damals ins Feld geführt wurden, hätten vollkommener, ausführlicher, präziser und unter stärkerer Betonung der damaligen Verhältnisse angeführt werden können. Man vermißt *Diehl* als Vertreter der Schutzzollidee.

Im II. Teil „Die Problematik der modernen protektionistischen Doktrinen“ behandelt *U.* im 1. Kapitel „Charakterisierung der Schutzzollargumente des 20. Jahrhunderts“ die Vielfalt der protektionistischen Doktrinen hinsichtlich der verfolgten Zielsetzungen und hinsichtlich des wissenschaftlichen Gehaltes der einzelnen Beiträge. Entsprechend der verschiedenartigen Zielsetzung ergeben sich auch gewisse Unterschiede in den Wesenszügen der Doktrinen. *U.* unter-

scheidet zwischen konservativen (Strukturerhaltung) und progressiven Schutzzollargumenten (Strukturwandlungen, insbesondere in Entwicklungsländern). Nicht nur die Vielfalt der protektionistischen Doktrinen hinsichtlich ihres Inhalts hat zugenommen, sondern auch die Unterschiede des wissenschaftlichen Niveaus haben sich vergrößert, was sich aus der raschen Entwicklung der wirtschaftstheoretischen Forschung erklärt. Nach *U.* gibt es viele Protektionisten, die von den Erkenntnissen der modernen Wirtschaftswissenschaft keinen Gebrauch machen, sondern „ihre Argumente oft von falschen theoretischen Grundlagen“ herleiten (S. 81 f.).

Im 2. Kapitel „Die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Entfaltung und protektionistischer Doktrin“ schreibt *U.* S. 83 mit Recht, daß der wohl augenfälligste und wichtigste Zusammenhang zwischen dem Grad der wirtschaftlichen Entfaltung und der Erziehungsschutzdoktrin besteht. Dagegen ist das konjunkturpolitische Schutzzollargument nicht an einen gewissen Grad der wirtschaftlichen Entfaltung einer Volkswirtschaft gebunden. Das trifft auch für die Autarkie-Argumente zu, die zu einem großen Teil stark von außerökonomischen Motiven beeinflußt werden. Ist es nicht aber ein Widerspruch, wenn *U.* S. 88 schreibt: „Eine Stärke der protektionistischen Autoren besteht darin, daß sie ihre Doktrinen sehr gut jeder Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes anzupassen vermögen“?

Im 3. Kapitel „Beurteilung der modernen protektionistischen Doktrinen“ meint *U.* S. 93: „Von einem rein theoretischen Standpunkt aus gesehen stehen die freihändlerischen Doktrinen zweifellos besser da, weil sie logischer und geschlossener sind. Auf der andern Seite hat man aber oft den Eindruck, daß trotz aller theoretischer Unzulänglichkeit die protektionistischen Doktrinen die Wirklichkeit besser zu erhellen, das Handeln der Menschen besser zu erklären vermögen. Das heißt aber noch nicht, daß dieses Handeln richtig ist.“ Theoretisch befriedigende Schutzzollargumente sind nachweislich bis heute weit eher von grundsätzlich freihändlerisch eingestellten Ökonomen als von überzeugten Protektionisten erarbeitet worden. Allerdings ist dem Protektionismus mit rein theoretischen Erörterungen kaum beizukommen, da er in starkem Maße von Ideologien getragen wird, die gebührend in Rechnung gestellt werden müssen, eine Tatsache, die nach *U.* am ehesten von französischen Ökonomen erkannt worden ist.

Es handelt sich um eine sehr fleißige Arbeit. Verfasser hat viel, auch ausländische, Literatur herangezogen. Die Schrift von *Vergo* ist nicht erwähnt. Es ist dem Verfasser gelungen, den umfangreichen Stoff weitgehend übersichtlich darzustellen, vielleicht aber hätten sich einige Wiederholungen vermeiden lassen. Andererseits werden einige Gesichtspunkte etwas zu knapp behandelt; das trifft auch auf die von *U.* gebrachte Kritik zu. Waren übrigens die Zölle der Merkantilisten reine Erziehungszölle (S. 83)? Der Ausdruck „unterentwickelte“

Länder sollte vermieden werden, List spricht nicht vom Hirtenstaat (S. 5), sondern vom Hirtenstand. *Bruno Schultz-Berlin*

Festschrift der Landessparkasse zu Oldenburg (1786—1961). Aus Anlaß des 175jährigen Bestehens herausgegeben im Auftrage der Landessparkasse von Carl Haase und Gerd Wietek. Gesamtherstellung Gerhard Stalling AG. Oldenburg, 1961. 192 S.

Während der letzten Jahre haben verschiedene Sparkassen in größeren oder kleineren Jubiläumsschriften ihre Geschichte vorgelegt. Die gehaltvollste Untersuchung ist nun hier von der ältesten „aller bestehenden Sparkassen“ gegeben worden, von der Landessparkasse zu Oldenburg, die am 1. August 1786 als „Ersparungscasse im Herzogtum Oldenburg“ gegründet wurde. Da diese Sparkasse ihre Entwicklung bereits „anlässlich des 150jährigen Jubiläums im Jahre 1936“ (S. 7) ausführlich aufgezeigt hat, veröffentlicht sie jetzt zu ihrem 175jährigen Jubiläum eine gründliche Untersuchung der oldenburgischen Geschichte während der letzten knapp 200 Jahre. Das Buch, verfaßt von den Staatsarchivdirektoren *Haase* und *Crusius* und dem Museumsdirektor *Wietek*, beschäftigt sich auf den ersten etwa 100 Seiten mit Oldenburg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und schließt in einem zweiten Teile die Zeit bis zur Gegenwart an. Es geht dabei der politischen Lage, den geistigen Strömungen, der bildenden Kunst und der wirtschaftlichen wie sozialen Entwicklung nach und läßt von diesen das Land bzw. die Stadt Oldenburg betreffenden Darstellungen aus immer wieder die Geschichte der Sparkasse selbst erkennen. Die Veröffentlichung gewinnt noch durch die abgebildeten Münzen — von römischen Denaren bis zu oldenburgischen Reichsmünzen —, durch die Wiedergabe des Notgeldes in Oldenburg während der Inflation, durch die Angaben über die Quellen und Literatur, besonders die Spezialliteratur, und die Textillustrationen von *Eva Simmat*. *Eberhard Schmieder-Berlin*

Ellsworth, P. T.: The International Economy. Revised. New York 1958. The Macmillan Company. 513 S.

Das vorliegende Werk ist die Neuausgabe eines 1950 zuerst erschienenen Buches. In allen wesentlichen Teile gründlich überarbeitet und erweitert, erinnert der jetzige Band nur noch in den Grundauffassungen und in der Systematik an die ursprüngliche Fassung.

Die einleitenden Kapitel geben einen dogmen- und wirtschaftsgeschichtlichen Überblick über Theorie und Praxis des Außenhandels, der, dem Charakter eines Lehrbuches entsprechend, vielleicht hin und wieder ein wenig vereinfacht, aber gleichwohl als vortrefflich gelungen bezeichnet werden kann, weil er die innigen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft, Philosophie und Geschichte herausarbeitet, ein Umstand, der in modernen theoretischen Lehrbüchern selten geworden zu sein scheint.

Die folgenden Abschnitte sind der systematischen Darstellung der Theorie des internationalen Handels gewidmet. Der Autor beginnt mit dem einfachsten Modell, das aufbaut auf der Annahme von drei Produktionsfaktoren und vollkommener Konkurrenz als den im Prinzip allen internationalen Handel nach dem Gesetz der komparativen Kosten bewegenden Kräften. Fortschreitend führt er immer weitere, differenziertere, vor allem qualitative Modifikationen ein, bis zur Untersuchung der Veränderungen, die sich aus Monopolsituationen ergeben. So entsteht ein Modell, das sich nicht in mathematischen Formeln verliert, sondern vielmehr seine Wirklichkeitsnähe immer wieder am historischen Tatbestand messen kann. Diese Wirklichkeit freilich ist die Welt der Industrienationen, der die nichtindustrielle Welt bestenfalls als ergänzender, aber doch nicht wirklich integrierter Bestandteil zugehört. *Myrdal* etwa würde mit Recht geltend machen, daß die Integration Europas und Amerikas, wie sie aus Industrialisierung und weitgehend freiem Handel im 19. Jahrhundert entstanden ist, bis zu einem gewissen Grad die Integration der nichtindustriellen Welt verhindert hat.

In dem den Zöllen gewidmeten Kapitel finden wir die für und wider den Freihandel sprechenden Argumente. Sie führen theoretisch zwingend zur Forderung nach Freihandel, aber eben doch nur für die industrialisierten Volkswirtschaften. Die anderen, und das sollte stärker betont werden als es der Verfasser tut, können, bevor sie ihre eigene Integration erreicht haben, von diesem Freihandel nichts erhoffen. Im Gegenteil werden, um erneut mit *Myrdal* zu sprechen, zirkulär-kumulative Prozesse, die diesen freien Handel immer ausgelöst hat und weiter auslösen wird, gegen sie wirken und ihre interne und externe Desintegration forcieren. Daraus ergibt sich, daß der Handel aus sich nur unter ganz bestimmten, durchaus nicht immer und überall gegebenen Bedingungen integrierend wirkt.

Einem Kapitel über die Zusammenhänge zwischen Bruttosozialprodukt und Außenhandel folgt eine umfangreiche Darstellung der Zahlungsbilanz- und internationalen Währungsprobleme, also einmal des gesamten internationalen Zahlungsmechanismus und zum anderen der Fragen, die sich aus der Tatsache unterschiedlicher Währungen in der Welt ergeben. Die Analyse ist überaus schulmäßig-detailliert, beginnend mit der Untersuchung des Wesens und der Komponenten der Zahlungsbilanz, dann übergehend zu den schwierigen Zusammenhängen zwischen den einzelnen Währungen, den Devisenmärkten, den Kursrelationen der Währungen untereinander und dem Devisentermingeschäft und seiner Funktion. Es folgt der kontroverse Fragenkreis um freie, flexible und feste Wechselkurse, die Bedeutung der Währungsreserven und der internationalen Liquidität, die Behebung von Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz und schließlich die kritische Betrachtung der Methoden der Devisenkontrolle und Devisenbewirtschaftung.

Wenn die Untersuchung eines zeigt, dann dies: Während völlig freie Wechselkurse große zusätzliche Unsicherheiten und Schwierigkeiten in den internationalen Handel bringen würden und deshalb weder politisch noch auch ökonomisch praktikabel oder wünschenswert erscheinen, sollte das Ziel genau das sein, welches der Internationale Währungsfonds seit Jahren, zuletzt mit wachsendem Erfolg anstrebt, nämlich feste Wechselkurse mit einer inhärenten Flexibilität bei möglichst freier Konvertierbarkeit. Dauernde Ungleichgewichte müssen im Prinzip von der Wirtschafts- und Handelspolitik gelöst werden, und wenn sich dies wirtschaftlich und politisch als undurchführbar erweist, durch vereinbarte Änderungen der Wechselkurse. Diese Korrekturen allerdings haben nur Sinn in Verbindung mit koordinierten wirtschafts- und außenhandelspolitischen Maßnahmen, wenn sie nicht zum handelspolitischen Kampfinstrument entarten sollen.

Devisenbewirtschaftung ist demgegenüber niemals etwas anderes gewesen als der Versuch, das eigene Handeln von der Außenwelt unabhängig zu machen. Wenn mit einer solchen Politik nicht mehr unternommen wird als Anfangsschwierigkeiten junger Staaten oder vorübergehende Probleme zu meistern, so wird man wenig einwenden können. Greifen aber Industriestaaten zu derlei Maßnahmen, so sind die Folgen, wie die Erfahrung überall gezeigt hat, durchweg negativ.

Den Abschluß des Buches bildet die Schilderung der Situation nach 1945 und die bisherigen Versuche, zu einer neuen Integration zu kommen. Einige der zu diesem Zweck geschaffenen internationalen Institutionen haben sich bereits als fruchtbar erwiesen. Ob auch alle bestehenden und geplanten regionalen Einrichtungen über ihre unmittelbare Zielsetzung regionaler Integration hinaus der Freiheit des Welthandels dienen oder letzten Endes nicht vielmehr zu einer Zersplitterung in regionale Kartelle führen werden, diese Frage deutet der Autor nur an. Der Versuch einer Antwort würde den Rahmen dieses vortrefflichen Lehrbuches sprengen.

Wolfgang Jahn-Düsseldorf

Möller, Hans: Zur Vorgeschichte der deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945—1948. (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Reihe B: Studien zur Ökonomik der Gegenwart, Band 22.) Kyklos-Verlag Basel — J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen 1961. 534 S.

Die List-Gesellschaft hat sich ein außerordentliches Verdienst durch die Zusammenstellung der Währungsreformpläne 1945—1948 in Deutschland durch Hans Möller erworben. Das Buch ist als Dokumentationswerk von großem Wert für jeden, der sich mit der Geschichte der deutschen Mark befassen will. Man mag vielleicht hinsichtlich der Literatur verschiedener Meinung sein, wo Vollständigkeit praktisch ja wohl auch kaum erzielbar war und wo insbesondere einige Arbeiten fehlen, welche sich auf einen Vergleich der deutschen Währungsreform mit Reformen in anderen Ländern befassen. Alles

in allem aber ist es eine ebenso fleißige wie gründliche Arbeit, die für jeden, der sich mit dem deutschen Währungswesen befaßt, als nahezu unentbehrlich bezeichnet werden kann.

Richard Kerschagl-Wien

Eisermann, Gottfried: Vilfredo Pareto als Nationalökonom und Soziologe. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 236/237.) Tübingen 1961. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 76 S.

Das Schrifttum über *Pareto*, und zwar auch das Schrifttum in deutscher Sprache, ist ziemlich umfangreich. Dennoch wird man die kleine Schrift von E. begrüßen, in der er sich bemüht, Paretos Verdienste um die Nationalökonomik und um die Soziologie herauszuarbeiten und neue Gesichtspunkte für die in der Literatur sehr auseinandergehenden, nicht immer ganz zutreffenden Beurteilungen Paretos zu gewinnen. Gleichzeitig soll durch die vorliegende Darstellung eine immer noch fehlende umfassende Pareto-Monographie vorbereitet werden.

Im Rahmen einer kurzen Besprechung ist es nicht möglich, auf Einzelheiten der Schrift einzugehen. Nur auf einiges sei hingewiesen. Auf nahezu jedem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften habe Pareto fruchtbare Beiträge geliefert, die, wie E. S. 36 schreibt, „außerhalb Italiens noch kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn verarbeitet worden sind“. Die Stellung zu Walras wird bei E. wohl richtiger dargestellt, als es sonst mitunter geschieht. Wenn Walras auch sein Lehrer war, so kann Pareto doch nicht nur als dessen Schüler bezeichnet werden, denn er löste sich von Walras' Anschauungen, hat unabhängig von ihm neue Erkenntnisse gewonnen. Mit Nachdruck unterstrich Pareto selbst, worauf E. S. 23 ausdrücklich hinweist, daß „seine ganze Wissenschaftskonzeption geradezu im Gegensatz zu derjenigen von Walras stünde“. Auch ist Pareto nach seiner eigenen Aussage nicht durch Walras, sondern durch Pantaleoni zur reinen und mathematischen Theorie gekommen (S. 23 f.). Zustimmung wird man E. auch, wenn er fordert, daß man mit solchen schlagwortartigen Klassifizierungen wie „Lausanner Schule“ oder „mathematische Schule“ u. dgl. in bezug auf Pareto vorsichtiger sein sollte (S. 26).

Für Pareto waren Ökonomie und Soziologie „komplementäre, für die volle Erkenntnis der einen sozialen Welt gemeinsam unerläßliche Disziplinen“ (S. 5). Man muß sein soziologisches Hauptwerk als fundamental für das Verständnis seiner ökonomischen Theorien erachten, weil für ihn die Nationalökonomie einen Teil der Soziologie bildet. Wesentliche Bestandteile seiner ökonomischen Erkenntnisse legte er in seinen soziologischen Werken nieder. Betrachtet man die Hauptverdienste Paretos um die soziologische Theorie, also seine Theorie des sozialen Handelns und die des gesellschaftlichen Gleichgewichts als methodischen Instruments jeder konkreten Analyse, so ergeben sich nach E. (S. 55) Analogien gewisser grundlegender Konzeptionen zu denen Max Webers. Hinsichtlich des Verhältnisses zu

Marx betont E. (S. 64), daß man „die Suche nach den Konnexionen und Analogien zwischen Pareto und Marx auch nicht zu weit treiben“ darf, „denn des Trennenden bleibt mehr als genug“. In der zusammenfassenden Würdigung betont E. (S. 75), daß Pareto Nationalökonomie, Soziologie, Philosophie, politische Wissenschaft, Mathematik und Geschichte zu einer Einheit zu verschmelzen wußte, und daß er für immer einen erstrangigen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaften innehaben wird.

E., der sich als ein guter Kenner der Pareto-Literatur erweist, gibt einen durchaus brauchbaren Überblick über die wichtigsten Beiträge Paretos zur Nationalökonomie und Soziologie. Der Leser erhält gute Literaturhinweise, die Schrift ist aber keine leichte Lektüre.

Bruno Schultz-Berlin

Meinhold, Wilhelm: Grundzüge der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 2., neubearbeitete Auflage. München 1961. Max Hueber Verlag. 238 S.

Nach den zahlreichen freundlichen und zustimmenden Besprechungen der 1. Auflage dieses Lehrbuches darf sich der Rezensent auf einen kurzen Hinweis beschränken. Das Buch sollte „dem erstmals an die Volkswirtschaftslehre herantretenden Studierenden, gleichgültig welcher Fachrichtung des Hauptstudiums, eine gemeinverständliche Zusammenfassung und übersichtliche Darstellung des traditionellen Lehrstoffes bieten“. Wie die Erfahrung lehrt, hat der Verfasser einem wirklichen akademischen Bedürfnis entsprochen. Die Schrift dient einer ersten Orientierung über die Grundprobleme der Volkswirtschaftslehre und vermittelt dem Studierenden einen Überblick über das Ganze der wirtschaftlichen Zusammenhänge. In der 2. Auflage ist am Aufbau und Hauptinhalt des Lehrbuches nichts geändert worden. Die Verbesserungen beziehen sich hauptsächlich auf die Darstellung der makroökonomischen Theorie, sowie der Geld- und Kredittheorie. Die kapitelweise Zitierung des einschlägigen Schrifttums ist bis zur Gegenwart fortgeführt worden. Man kann diesem klar gegliederten und allgemein verständlich geschriebenen Einführungslehrbuch nur eine weitere Verbreitung bei den Studierenden der Wirtschaftswissenschaften und den Lesern wünschen, die sich mit dem „als bereits gesichert geltenden Gedankengut“ der Volkswirtschaftslehre vertraut machen wollen.

Herbert Schack-Berlin

Watter, Wolfgang: Entwicklung, Stand und ungelöste Probleme der Theorie des Außenhandelsmultiplikators. Ein Beitrag zur Kombination von Einkommens- und Preiseffekten in der modernen Außenwirtschaftstheorie. (Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Volks- und betriebswirtschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, herausgegeben von Erich Kosiol und Andreas Paulsen, Heft 16.) Berlin 1961. Verlag Duncker & Humblot. 86 S.

Hatte sich die klassische Analyse der zwischenstaatlichen Leistungsströme im Goldwährungsmechanismus auf die Betrachtung von Preiseffekten beschränkt, so führte das Abrücken der neueren nationalökonomischen Theorie von der Idee systembedingter Vollbeschäftigung zur näheren Untersuchung der Einkommenswirkungen von Exportüberschüssen mit Hilfe von Außenhandelsmultiplikatoren, die in so bunter systematischer Vielfalt entwickelt worden sind, daß man mit *Machlup* von einer ganzen „Multiplikatorfamilie“ sprechen kann. Die weithin übliche Annahme konstanter Preise erscheint *Watter* (wie zahlreichen anderen Autoren) unrealistisch, da „die sekundären Preiseffekte die primären Einkommenseffekte mehr oder weniger kompensieren können; im Extremfall können sogar die ursprünglichen Wirkungen der Einkommenseffekte auf die Leistungsbilanz durch induzierte Preiseffekte überkompensiert werden“ (S. 14), so daß für eine befriedigende Lösung jeweils beide Komponenten heranzuziehen sind. Die hier anzuzeigende Schrift sucht die Frage zu beantworten, ob und wie eine solche „Synthese der Konzeptionen“ vorgenommen werden könnte. Der Verfasser umreißt zunächst die lehrgeschichtliche Ausbildung des Exportmultiplikator-Theorems von *Giblin* über *Keynes* und *Harrod* bis zu *Colin Clark* und *Crawford* und schildert die Erweiterung dieses heuristischen Prinzips durch den Einbau der multiplikativen Rückwirkungsfaktoren im Zwei-Länder-Modell, wie er namentlich von *Machlup*, *Metzler* und *Oscar Lange* vollzogen wurde. Nach einem Exkurs über die Konstruierbarkeit und den Erkenntniswert dynamischer (statt komparativ-statischer) Modelle, denen gegenüber *Watter* in beiden Punkten betont Zurückhaltung übt, wird im abschließenden Kapitel mit recht überzeugenden Argumenten dargetan, daß durch die Einbeziehung der Preiseffekte die herkömmliche Partialanalyse der Theorie des Außenhandelsmultiplikators im Sinne eines „offenen Systems“ fruchtbar fortentwickelt und verfeinert werden kann. Ein „Universalmodell“ muß wegen der allzuvielen Variablen und alternativen Konstanten, die hier im Spiel sind, freilich Utopie bleiben (S. 80 ff.). *Antonio Montaner-Mainz*